

# SPD demokratischer pressediens

P. XXV/177

21. September 1970

Der Ruf nach mehr Demokratie

---

Mitbestimmung wird ein Kardinalproblem unserer  
Gesellschaft

Seite 1 und 2 / 61 Zeilen

Schluss mit dem Inflations-Gerede

---

Ein notwendiges Wort zur Wahlurnen-Taktik  
der CDU/CSU

Seite 3 und 4 / 61 Zeilen

Sozialdemokraten bleiben in der Verantwortung

---

Bemerkungen zum Ausgang der schwedischen  
Reichstagswahlen

Von Hans-Eberhard Dingels  
Abteilungsleiter für internationale Beziehun-  
gen im SPD-Vorstand

Seite 5 / 44 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9153  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telefax: 086 846/868 847/  
868 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

### Der Ruf nach mehr Demokratie

---

Mitbestimmung wird ein Kardinalproblem unserer Gesellschaft

Die Forderung nach mehr Demokratie in Gesellschaft und Staat beginnt zu einem zentralen Thema in der Bundesrepublik zu werden. Die sozialliberale Bundesregierung hat in ihrer elfmonatigen Tätigkeit einen breiten Bewußtseinsdurchbruch in der westdeutschen Bevölkerung ermöglicht. Ungeachtet der begreiflicherweise unruhigen Diskussion über die Entwicklung der Mieten und Preise wird das Drängen nach einer größeren Teilhabe an der Bestimmung über die eigene Existenz und Entwicklung und über Existenz und Entwicklung der Gesellschaft und des Staates immer erkennbarer. Konkret gesagt: Die Forderung nach Mitentscheidung und Mitbestimmung ist zu einem aktuellen Problem der Bundesrepublik geworden.

Das Tempo dieser Evolution mag manchen Kreisen und Gruppen Überraschend kommen. Tradition und Gewohnheit lassen hier und dort die Erkenntnis nicht zu, daß das Verlangen nach Mitreden- und Mitentscheidewollen alles andere als nur eine 1. Mai-Parole der Gewerkschaften ist, die am 2. Mai wieder zu den Akten zu legen wäre. Eine mündig gewordene Gesellschaft, die sich aus allen Teilen der Bevölkerung gleichberechtigt zusammensetzt, hat mit dem Status einer Hierarchie nichts mehr zu tun. Das bedeutet aber auch zugleich, daß die Arbeitnehmerschaft, wobei dieser Begriff in seiner ganzen Breite genommen werden muß, in ihre Gleichberechtigungsforderung den Stellenwert der Parität einbezogen wissen will. Vorstellungen, die in der Mitbestimmung etwa ein bloßes Einklammern auf betriebliche Sozialfragen sehen möchten, haben die Entwicklung der letzten Jahre nicht miterlebt und nicht mitbekommen.

Hier ist von Mitbestimmung insgesamt die Rede, also auch von der Problematik der Betriebsverfassung und Personalvertretung. Auf diesen Bereich konzentriert sich das aktuellste Interesse, weil hier wesentliche Verbesserungen zugunsten der Arbeitnehmer in Bälde erreichbar sein werden. Fortschritte in der qualifizierten

Mitbestimmung selbst über den Montanbereich hinaus setzen konkrete politische Gegebenheiten und weitere Bewußtseinsänderungen auf allen beteiligten Seiten voraus. Es soll nicht daran gezweifelt werden, daß dies zu realisieren ist. Der Verlauf des ersten Zentralkongresses der Arbeitnehmerschüsse der SPD-Bezirke Hessen-Nord und Hessen-Süd in Gießen ließ deutlich genug erkennen, daß sich die Unruhe zu artikulieren beginnt. Der geschäftsführende Vorsitzende des Bezirks Hessen-Nord, der Kasseler Oberbürgermeister Dr. Branner, betonte bei ungeteilter Zustimmung aller Delegierten aus ganz Hessen, daß die Mitbestimmung zum Prüfstein für die Frage geworden ist, ob in der Bundesrepublik mit der Demokratie ernst gemacht wird. Der Kongreß richtete an die SPD die Forderung, in den Anstrengungen nicht nachzulassen, so bald wie möglich ihre und der Gewerkschaften Vorstellungen zur Einführung der qualifizierten Mitbestimmung zu verwirklichen. Und von der hessischen Landesregierung wurde verlangt, daß sie in ihrem Gesetzesbereich die qualifizierte Mitbestimmung in kommunalen oder entsprechenden Eigenbetrieben durchsetzen solle.

Wir stehen also eindeutig vor einer neuen Entwicklungsphase der Gesellschaft. Ihre sinnvolle Bewältigung setzt mehr voraus, als ein bloßes Für und Wider in einer sich möglicherweise selbsterhaltenden Diskussion. Mit Verdammungen allein ist dem Problem nicht mehr beizukommen. Daraus geborene extensive Forderungen helfen freilich ebensowenig weiter. Die Gesellschaft insgesamt in allen ihren Teilen wird sich bemühen müssen, in gemeinsamen Überlegungen zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen, das sie selbst weiter entwickelt und ihrem Zivilisationsstand entspricht und würdig ist. Aber eines dürfte sicher sein: Auf eine endlos lange Bank läßt sich dieses zentrale Problem der Demokratie nicht mehr verschieben.

+ + +

Schluß mit dem Inflations-Gerede

Ein notwendiges Wort zur Wahlurnen-Taktik der CDU/CSU

Die Oppositionsparteien habe es zur Methode werden lassen, auf die Vergesslichkeit der Bürger zu spekulieren - auch und gerade wenn es um Preisstabilität geht. Der CDU-Generalsekretär Dr. Bruno Heck produzierte nominale Verlustzahlen für die Sparer, um eine Schockwirkung auszulösen, und verschweigt, daß unter den Regierungen der CDU/CSU die Sparer seit 1950 bis 1968 vierzig v.H. ihres Sparvermögens eingebüßt haben. Trotzdem, vergleichbare Zahlen bieten nur die Realvermögen, und die sind samt und sonders größer geworden. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Rainer Barzel fällt in den Chor der "Inflationsbrusteriker" ein und fordert den Rücktritt von Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Karl Schiller. Der stellv. Fraktionsvorsitzende Dr. Gerhard Stoltenberg und andere Konjunkturpolitiker der Opposition lassen keinen Tag verstreichen, ohne auf die Preispacke zu hauen. Alleiniger Zweck dieser kombinierten Maßnahmen ist es, Unruhe zu stiften und Unsicherheit in der Bevölkerung zu erzeugen, um einen Run auf die Kassen zu provozieren.

Wenn Oppositionspolitiker "draußen" sprechen und dabei die Rede auf den Bildungsnotstand, den Straßenbau und andere ungelöste Gemeinschaftsaufgaben kommt, dann erregen sich die gleichen Sprecher darüber, daß die Regierung Brandt/Scheel auf diesen Sektoren nicht genug tue. Wenn die Rentner sich zu Wort melden, dann werden unverbindliche Zusagen gemacht, die vergessen machen sollen, daß CDU und CSU in Bonn die Regierung ermahnen, die Haushaltsausgaben antizyklisch zu kürzen. Wenn dann die berechnete Frage gestellt wird, wo eigentlich gestrichen werden soll: bei den Rentnern? im Straßenbau? auf dem Bildungssektor? am Wehretat? oder wo sonst?, dann bleiben den Unions-

Sprechern nur unverbindliche Redensarten. Dr. Stoltenberg hat allerdings kürzlich ein wenig hinter die Kulissen blicken lassen, als er sagte, daß Kürzungen auch vor dem Bildungs- und Sozialwesen nicht haltmachen könnten. Da wird also gerade jene Etatposition angesprochen, die für unsere wissenschaftlich-technische Zukunftssicherung unerlässlich ist und Streichungen wohl am schlechtesten verträgt. Kürzungen auf diesem Sektor hätten wir mit einer ungesicherten Zukunft im internationalen Wettbewerb zu bezahlen. Und die Kürzungen im Sozialetat treffen gerade die Schwächsten unserer bei weitem noch nicht ausgeglichenen Sozialordnung.

Auf dem SPD-Bezirksparteitag Niederbayern/Oberpfalz hat Herbert Wehner mit scharfen Worten das "Gerede von der Inflation" verurteilt: "Wer die Inflation schürt, ist ein Verbrecher. Es ist eine hundsöttische Art, durch systematische Erzeugung von Unsicherheit in der Bevölkerung zu versuchen, andere zu Fall zu bringen, um selbst wieder an die Macht zu kommen". Diese harten Worte waren notwendig geworden, um die hinterhältige Verunsicherungstaktik der CDU/CSU anzuprangern. Man kann nicht einerseits eine besondere Art außerparlamentarische Opposition demonstrieren und sich darüber erregen, daß zu wenig getan wird, um sich andererseits als Garthüter der Preisstabilität anzupreisen. Unaufrichtigkeit ist die schlechteste Taktik im Manöver um die Rückgewinnung der Macht, denn sie muß letzten Endes auf den Urheber wieder zurückfallen.

Die deutsche Öffentlichkeit hat auf die Inflations-Tiraden der Oppositionsparteien, die eindeutig auf den Schlitz der Wahlurnen für die Landtagswahlen in Hessen und Bayern zielen, bisher gelassen reagiert, wenn auch gewisse Boulevard-Zeitungen mit anheizen helfen. Das ist ein Zeichen, daß die Bundesregierung weiterhin mit dem Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung rechnen kann.

Walter Ramm

## Sozialdemokraten bleiben in der Verantwortung

Bemerkungen zum Ausgang der schwedischen Reichstagswahlen

Von Hans-Eberhard Dingels

Abteilungsleiter für internationale Beziehungen im SPD-Vorstand

Die drei großen Oppositionsparteien in Schweden haben ihr Ziel, die Sozialdemokraten nach 38 Jahren aus der Regierungsverantwortung zu verdrängen, nicht erreicht. Mit 46,2 v.H. der abgegebenen Stimmen sind die Sozialdemokraten mit überragendem Abstand vor den anderen Parteien stärkste Fraktion im Reichstag geblieben. Zur Stunde werden noch 500.000 Stimmen aus der Briefwahl ausgezählt, und nach Meinung sachkundiger Beobachter kann sich dadurch das Sitzverhältnis im Reichstag um einen Sitz mehr zugunsten der Sozialdemokraten mit ihren bisher 166 Mandaten verschieben. Würde dies der Fall sein, so lägen dann die schwedischen Sozialdemokraten in Führung vor den drei hauptsächlich Oppositionsparteien, deren gemeinsame Sitzzahl jetzt 167 beträgt. Die Sozialdemokraten sind in jedem Fall stark genug, eine Minderheitsregierung zu bilden, was übrigens für die schwedische Regierungsschicht der letzten Jahrzehnte kein Novum wäre.

Die Zentrumspartei, die von den drei großen Oppositionsparteien neben der liberalen Volkspartei am meisten zugenommen hat, hatte ihren Wahlkampf sehr stark mit Losungen geführt, die dem sozialdemokratischen Programm entlehnt sind; das wiederum ist ein Beweis dafür, wie sehr die politische Landschaft Schwedens auch im Meinungsstreit der innenpolitischen Kontrahenten von den Grundvorstellungen der Sozialdemokratie geprägt wird.

Die schwedischen Kommunisten, die im neuen Reichstag über 17 Mandate verfügen und zu denen die schwedischen Sozialdemokraten des Ministerpräsidenten Olof Palme in unversöhnlichen Gegensatz stehen, werden mit dem Problem konfrontiert, ob sie durch ihre Aktivitäten mit dazu beitragen wollen, eine sozialdemokratische Regierung behindern oder gar stürzen zu helfen.

Wichtig für die objektive Einschätzung der Lage ist die Tatsache, daß dieser neue Reichstag im Gegensatz zu seinen Vorgängern nur mehr aus einer Kammer besteht, und daß aufgrund eines neuen Wahlgesetzes erstmals die Vier-v.H.-Sperrklausel wirksam wurde.

Über dem Ergebnis der schwedischen Reichstagswahlen sollte nicht vergessen werden, daß bei den gleichzeitig stattgefundenen Gemeindewahlen die Sozialdemokraten im ganzen Land siegreich geblieben sind. Das ist ein deutlicher Beweis dafür, daß das Vertrauen in die gesellschaftspolitische Wirksamkeit der Sozialdemokratie unter der schwedischen Bevölkerung auf breiter Basis steht.